

21. Green Ladies Lunch, Berlin, 2. 12. 05

Grüne in der Opposition – Blick zurück und nach vorn Thesen von Claudia Pinl

Der individuelle und kollektive Kampf der Frauen um Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen wurde und wird von den Grünen positiv begleitet und unterstützt – wenn auch mit unterschiedlichem Nachdruck.

Entsprechend hoch war die Erwartung beim Antritt der rot-grünen Bundesregierung 1998, zumindest im frauenpolitisch engagierten Teil der Öffentlichkeit.

Die Ausgangslage war ungünstig:

- feministische Positionen von Grünen Frauen und AsF waren im eigenen Lager uninteressant bis umstritten (z. B. Abschaffung des Ehegatten-Splitting);

- Stellenwert von Frauenpolitik umrissen durch Bundeskanzler Schröders Wort vom „Gedöns“;

- Übernahme des BMFSFJ nacheinander durch zwei SPD-Frauen, die nicht gerade durch feministischen Elan bekannt waren;

- gerade auch in der bündnisgrünen Fraktion bestimmten zunehmend neoliberale, genderblinde Stimmen den Diskurs.

Konsequenterweise ging das scheinbare Herzstück rot-grüner Frauenpolitik den Bach runter: Am nicht zustande gekommenen *Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft* läßt sich exemplarisch darstellen, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit Reformprojekte es überhaupt bis ins Bundesgesetzblatt schaffen:

1. Die Wirtschaft darf nichts dagegen haben;
2. Das Reformprojekt muss sich auf einen relativ breiten Konsens stützen - d. h. die meisten Menschen dürfen sich nicht unmittelbar negativ betroffen fühlen;
3. Die Wirtschaft darf nichts dagegen haben;
4. Die Reform darf nichts kosten;
5. Die Wirtschaft darf nichts dagegen haben. Fehlt noch:
6. Das Bundesverfassungsgericht mit seiner z. T. konservativen, an traditionellen Geschlechterbildern ausgerichteten Einstellung, darf nichts dagegen haben.

Entsprechend eng war der Bewegungsspielraum für (rot-)grüne Politik zugunsten von Frauen

Die Bilanz von 7 Jahren rot-grüner Frauenpolitik im Bund fällt dort positiv aus, wo sich die genannten Widerstände nicht in den Weg stellten:

Das war im wesentlichen der Bereich „Gewalt gegen Frauen“.

Hier konnte durch das *Gewaltschutzgesetz*,

die *Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe*,

und ein *eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen*

deutlich gemacht werden, dass der Grundsatz der Menschenwürde uneingeschränkt auch für Frauen zu gelten hat.

Diese erfolgreichen Projekte verdienen durchaus die Qualifizierung als „frauenpolitische Meilensteine“, „wegweisend“, „nachhaltig“ und „zukunftsfruchtig“.

Dagegen gelang die **eigenständige Existenzsicherung von Frauen** (Grundsatzprogramm 2002 Bündnis 90/Die Grünen) **nicht, weil die anscheinend ehernen Prinzipien des deutschen Familienernährer-Modells durch rot-grüne Steuer-, Familien- und Sozialpolitik nicht abgebaut sondern noch verstärkt wurden.**

Es gelang auch nicht ansatzweise die Verankerung traditioneller Familienstrukturen im Steuer- und Sozialversicherungssystem zu kappen. (Das Bildungssystem - infolge fehlender Betreuungseinrichtungen und Halbtagsschule das dritte tragende Element traditioneller Familienstruktur - ist dank PISA inzwischen als „Problemzone“ erkannt).

Statt dessen wurde, beginnend mit dem *Arbeitszeitgesetz* und dem *Teilzeit- und Befristungsgesetz* die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verstärkt (auch wenn die Steigerung des Väter-Anteils beim Elternurlaub von 1,5 auf 3 Prozent dank der Möglichkeit der TZ-Beschäftigung während des Elternurlaubs einen Fortschritt darstellt). Diese Entwicklung wurde mit den „Hartz“-Gesetzen noch einmal beschleunigt: Vor allem „Hartz II“ hat mit der Ausweitung von Mini-Jobs und anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen die „Modernisierung“ des „Ernährer-Hausfrauen-Modells“ zum „Ernährer-Zuverdienerin-Modells“ auf Kosten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bewerkstelligt.

Grüner Frauenpolitik im engeren Sinne blieb die undankbare Aufgabe, Schlimmeres zu verhüten:

Die offensichtlichsten Nachteile für Frauen auszubügeln, die entstanden, weil neoliberale Reformen einem traditionell-patriarchalen Steuer- und Sozialversicherungssystem aufgepropft wurden.

Diese Entwicklungen haben m. E. auch dazu geführt, dass grüne Frauenpolitik schon lange keine gesellschaftspolitischen Funken mehr schlägt.

Viele Unterstützerinnen und **Bündnispartnerinnen wandten sich ab.**

Verbesserungen im einzelnen wie im *Gleichstellungsgesetz für die Bundesverwaltung*, oder im *Betriebsverfassungsgesetz* wurden wahrgenommen nach dem Motto:

Minimale Ansprüche werden erfüllt; große Reformprojekte werden erst gar nicht mehr in Angriff genommen.

Politikverdrossenheit auch in der Frauenöffentlichkeit war die Folge:

„Die da oben machen ja doch was sie wollen.“

Blick nach vorn

Bd. 90/ Die Grünen müssen die Oppositionsrolle nutzen, ihr frauenpolitisches Profil zurückzugewinnen.

„Alle Politikfelder müssen auf den Prüfstand der Geschlechtergerechtigkeit“ .
(Grundsatzprogramm von 2002).

Die Tatsache, dass seit 1999 *Gender Mainstreaming* formell Grundlage allen Regierungshandelns ist, sollte zunächst einmal **nach innen** genutzt werden:

Ich habe den Eindruck, das für große Teile des bündnisgrünen Personals, vor allem für die Finanz-, Wirtschafts- und SteuerexpertInnen, Geschlechtergerechtigkeit bestenfalls eine

Nebensache darstellt. Gender Mainstreaming muß in die eigenen Wirtschafts , Finanz- und sozialpolitischen Konzepte integriert werden.

Es geht darum, auch innerhalb der Grünen deutlich zu machen:

Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern das Patriarchat (Ehegatten-Splitting: 20 Mrd., Eigenheim-Zulage: 10 Mrd.; Pendler-Pauschale: 4 Mrd.. sodann die vielen sozialversicherungsfreien Mini-Jobs; die Gratis-Mitversicherung für Ehegattinnen etc.)

Alle Vorhaben der neuen Bundesregierung müssen unter Genderaspekten kräftig gegen den Strich gebürstet werden. (Oder, Beispiel Einbeziehung von Vätern in die Elternzeit, von Fall zu Fall auch unterstützt werden).

Wirtschaft, Finanzen und die sozialen Sicherungssysteme sind *die* zentralen Felder frauenpolitischer Auseinandersetzung.

Bd. 90/Die Grünen in der Opposition sollten in diesem Zusammenhang den Sachverstand der akademischen feministischen Öffentlichkeit (Netzwerke der Politologinnen, Juristinnen, Soziologinnen u. a.) verstärkt nutzen.

Der Umbau patriarchaler Institutionen hin zu einer Neubestimmung von Arbeit und Leben für *beide Geschlechter* gelingt nur, wenn längerfristig dafür breite öffentliche Unterstützung mobilisiert wird. Gesellschaftliche Gegenentwürfe, Vorstellungen einer *lebbareren Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit für Männer und Frauen*, sind für Grüne Frauen im Grunde nichts Neues. Die Oppositionsrolle läßt hoffentlich den Mut wieder wachsen, die Gesellschaft neu zu denken.